

NEWSLETTER

“SWISS-BALTIC CHAMBER OF COMMERCE SBCC”

Vertreter von OSEC und SEC in Kooperation mit SIPPO und SOFI

Mitglied der Dachorganisation SwissCham

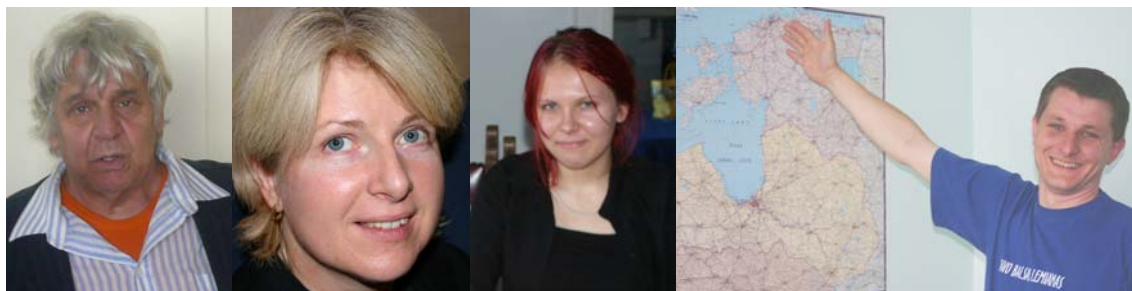
Herausgabe alle 2 Wochen seit 1998

www.swissbalticchamber.com, e-mail: swisschamber@sbcc.ee

Kiriku 2, EE-10130 Tallinn, Estland

Tel.: +372 645 09 16, Fax: +372 631 15 77

9 Seiten Datum: 23. 12. 08



Wir vom SBCC-Team danken unseren Partnern für die gute Zusammenarbeit während des vergangenen Jahres und wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit im neuen Jahr. Ihnen und auch den übrigen Lesern unseres Bulletins wünschen wir ein besinnliches und friedvolles Weihnachtsfest, ob in familiärer Gesellschaft, mit Freunden, Bekannten, oder allein im stillen Kämmerlein.

Ausserdem wünscht Ihnen die Swiss-Baltic Chamber of Commerce von Tallinn aus einen gelungenen Rutsch ins 2009 und vor allem Gesundheit und Erfolg im neuen Jahr!

Wir freuen uns, Ihnen auch 2009 unsere Dienstleistungen anzubieten und Sie mit unserem seit Jahren regelmässig erscheinenden Newsletter mit aktuellen Themen aus dem Baltikum auf dem Laufenden zu halten. Dazu reflektieren wir jeweils die einschlägigen Medien.

Den beiden Schweizer Botschaften in Riga und Helsinki, danken wir für deren Unterstützung. Ebenso sei Business Network Switzerland (OSEC) sowie der Handelskammer Schweiz Mitteleuropa (SEC), beide in Zürich, für deren Unterstützung herzlich gedankt!

In einem zusätzlichen Attachment zu diesem Bulletin, finden Sie auch diesmal die Weihnachtsgeschichte des bekannten Zürcher Pfarrers und Krimiautors Ulrich Knellwolf: http://de.wikipedia.org/wiki/Ulrich_Knellwolf

Die nächste Ausgabe unseres Newsletters planen wir für den 9. Januar 2009.

WIRTSCHAFT

Banken in Estland

„Wir vertreten nicht jene Meinungen, wonach die Schwäche der schwedischen Banken in den baltischen Staaten mit ihren umfangreichen Kreditverlusten zusammenhängt“, sagte der Vizepräsident der estnischen Nationalbank, Andres Sutt. Nach Schätzungen der estnischen Staatsbank sind die in den früheren Jahren angesammelten Kapitalpuffer

Ausreichend, um die mit der Rezession zusammenhängenden Kreditverluste zu decken. Laut Herbstprognose der estischen Staatsbank wird die Wirtschaft im kommenden Jahr um 4,8% sinken. Im kommenden Jahr werden die Banken in Estland, es handelt sich fast ausschliesslich um skandinavische Ableger, zur Deckung der Kreditverluste in Estland ca. 4 Mrd. Kronen (255 Mio. Euro) benötigen.

Copterline stellt seinen Dienst ein



Die finnische Hubschrauberfirma *COPTERLINE* stellte ihren Linienbetrieb zwischen Tallinn und Helsinki am 19. Dezember überraschend und völlig kurzfristig ein. Das Unternehmen verkehrte mit seinen regelmässigen Flügen zwischen den beiden Hauptstädten mehrmals täglich und war bei Kunden die es eilig hatten, beliebt. Der finnische Geschäftsführer der Fluglinie, Kaj Takolander, verkündete erst einen Tag vor Betriebseinstellung am 18. Dezember seinen Mitarbeitern das Aus. In Finnland selber, will die Firma ihre Dienstleistungen weiter betreiben, hiess es. Das mit den Flügen zwischen Estland und Finnland beschäftigte Personal wurde ab sofort zwangsbeurlaubt. Copterline machte international von sich reden, als die Fluglinie im August 2005 durch einen spektakulären Absturz für Aufsehen sorgte. Damals kamen 14 Menschen ums Leben, als einer der beiden Helikopter vom Typ Sikorsky S-76 ins Meer stürzte, wobei sich die Airbags nicht öffneten um das Flugzeug an der Wasseroberfläche zu halten. Nach zahlreichen Spekulationen wurde schliesslich Materialermüdung als Ursache für den Absturz genannt.

Selver expandiert nach Lettland



Am 18. Dezember eröffnete die estnische Handelskette „Selver“ in der lettischen Stadt Ogre, die erste Selverfiliale in Lettland. An der Eröffnung nahm neben dem estnischen Botschafter in Riga, lettischerseits der Bezirkschef Edvins Bartkevics teil. Das Shoppingcenter verfügt über eine Gesamtfläche von 8647 m², davon belegt Selver mit einhundert Beschäftigten 2475 m². Selver gehört der estnischen „Kaubamaja Gruppe“ (Kaubamaja = Kaufhaus). Das Unternehmen betreibt in Estland 30 Supermärkte, davon allein in Tallinn deren zehn. Die 1995 gegründete Supermarktkette beschäftigt derzeit 3000 Mitarbeiter.

Schuldfragen?



In einem interview mit der aktuellen Kamera des estnischen Fernsehens, warnte Staatspräsident Thomas Hendrik Ilves das Land vor „Populismus und Demagogie“. Soziologen sind jedoch der Ansicht dass im bevorstehenden Jahr Estland die Demokratie begrenzen könnte und beginne, einen Feind zu suchen. Einer der führenden Soziologen, Juhan Kivirähk, meinte, dass die Zeit der populistischen Versprechen in der zeit des Wirtschaftsboom geblieben sei. „Wovor wir uns aber zu fürchten haben, ist eine Situation in der die Demokratie eingegrenzt und gesagt wird, dass wir die Regierung nicht mehr kritisieren dürfen, da alle zusammen zu halten hätten, um die

schweren Zeiten zu überstehen“, meinte Kivirähk. Auf die gleiche Gefahr wies auch der Psychologieprofessor der Uni Tallinn, Matti Heidmets hin, indem er sagte: „komplizierte Zeiten machen einen Populismus deutlich, wie man die Suche nach dem Feind definieren könnte. Wenn das Leben schwierig wird, muss jemand daran schuld sein. Mir scheint, dass gerade diese Gedanken immer populärer werden“.

Estland soll Lettland 100 Mio. Euro leihen!



„Obwohl heute noch Verhandlungen laufen, sind wir in der Position wo wir Lettland mit bis zu 1,6 Mrd. Kronen (100 Mio. Euro) aushelfen können“, sagte der Berater des estnischen Finanzministers, Märt Kivine. Estlands Kredit werde vom IWF garantiert und stehe in einem Paket mit den Krediten von Tschechien, Polen und dem EBRD. Estland, Polen, Tschechien und EBRD können Lettland mit einer Gesamtsumme von 500 Mio.,

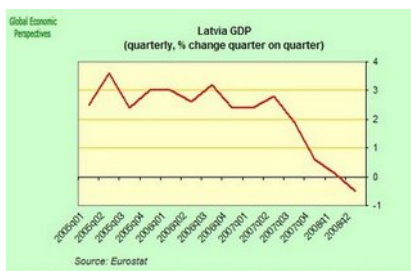
Euro unter die Arme greifen. Nachdem der IWF das ganze Hilfspaket während dieser Woche in Washington noch absegnen soll, könnten die Verhandlungen fortschreiten, hiess es. Lettlands Interesse liege daran, das ganze Geld bereits in der zweiten Monatshälfte des Januar 09 zu bekommen. Nach dem Beschluss des IWF könnten die Parteien über konkrete Bedingungen – Laufzeit, Rückzahlungen usw. verhandeln. „Zum Schluss muss der Entscheid noch von der estnischen Regierung getroffen werden“ meinte der Vertreter des Finanzministeriums.

Lettland soll vom IWF, der EU-Kommission und anderen Kreditgebern insgesamt 7,5 Mrd. Euro erhalten. Die wichtigste Bedingung des Kredites ist ein umfangreiches Sparprogramm, das die Reallöhne und die Ausgaben des Staates massiv senken soll.

Der lettischen Regierung zufolge, machten die IWF Vertreter den Vorschlag, die Nationalwährung Lat zu devaluieren. Die Letten blieben jedoch ihrer Überzeugung treu, dass der fixierte Wechselkurs der Grundstein der lettischen Wirtschaft sein müsse. Die 7,5 Milliarden Euro sollen bis zum ersten Quartal 2011 an Lettland ausbezahlt werden, was rund 35 % des BIP Lettlands entspricht.

Schweden, Dänemark, Finnland und Norwegen hätten insgesamt 1,8 Mrd. Euro, die EU 3,1 Mrd. Euro, der IWF, 1,7 Mrd. und die Weltbank 0,4 Mrd. zugesagt, wird gemeldet.

Lettlands- BIP minus 13% im 2009?



Laut dem am Montag veröffentlichten Wirtschaftsbericht des lettischen Wirtschaftsministeriums, werde das BIP- Wachstum im kommenden Jahr um 13% fallen. Der Rückgang des Wachstums sei durch die Verschlechterung der Finanzlage und der Kreditbedingungen bedingt. Die schlechten Wirtschaftsprognosen seien das Resultat einer schwachen externen Nachfrage, wurde vermeldet. Gleichzeitig muss Lettland mit einer entsprechenden Deflation rechnen.

Der Baltic News Service BNS berichtet:



Laut Prognose des lettischen Wirtschaftswissenschaftlers, Uldis Osis, links, könnte sich die lettische Wirtschaft bis Ende des kommenden Jahres bereits wieder stabilisieren. Die Genesung der Wirtschaft könne jedoch 4 bis 5 Jahre in Anspruch nehmen: „Ich stelle mir zwei

Szenarien vor, ein schnelles und ein langsames. Sollte sich in der Politik der Regierung und der Zentralbank nichts ändern, wird sich die Situation in einem Jahr stabilisieren“ meint Uldis Osis und sagte ausserdem, E s t l a n d verfüge über „die stärkste Wirtschaft unter den drei baltischen Staaten“. Bezogen auf die Finanzhilfe Estlands an Lettland meinte der Ökonom: „Einerseits war es notwendig, die baltische Solidarität deutlich zu machen, andererseits wird dieser Schritt Estland mehr helfen, als grosse Werbekampagnen es könnten und es ist unwichtig, ob Estland künftig selber nach internationaler Finanzhilfe bitten muss“.

Lettlands Premier Ivars Godmanis hielt Jahresrückblick



„2008 war für meine Regierung ein Jahr neuer Herausforderungen voller harter Arbeit. Es mussten Entscheidungen getroffen werden, als Antwort zur globalen Wirtschaftsrezession“ Am Samstag dem 20. Dezember, feierte die amtierende lettische Regierung ihren ersten Jahrestag. „Im kommenden Jahr muss die Regierung sich darauf vorbereiten, verantwortungsvolle und wohl überlegte Entscheidungen zu treffen. Die wichtigsten Aufgaben in diesem Jahr waren das Zusatzbudget 2008 und die Verabschiedung des nächsten Haushaltes, welcher dramatische Einsparungen für die öffentliche Verwaltung mit sich bringt. In Verhandlungen mit dem IWF und der europäischen Kommission, konnten wir ein Programm zur Stabilisierung der lettischen Wirtschaft entwickeln“.

„Als Erfolg der lettischen Diplomatie können unsere Bürger nun visafrei in die USA reisen“

„2008 beging Lettland den 90. Jahrestag seiner Unabhängigkeit und feierte das 24. Sängerfest und das 14. Tanzfestival“, bemerkte der lettische Premierminister rückblickend.

Air Baltic



Der Vorstand der lettischen Fluggesellschaft Air Baltic hat beschlossen, den 47,2 % Anteil der SAS an der Gesellschaft abzukaufen. Abgesehen vom komplizierten Wirtschaftsklima, glaubt der Vorstand an das Zukunftspotenzial und hat beschlossen, von seinem Vorkaufrecht Gebrauch zu machen, das er gegenüber der SAS besitzt, kommentierte der Präsident und Geschäftsführer der Air Baltic, Bertolt Flick. Die Air Baltic AG wurde 1995 gegründet. Ihre wichtigsten Anteilhaber sind der lettische Staat mit 52,6% und die SAS mit 47,2% Wer die 0,2% der restlichen Anteile besitzt wurde in der Meldung nicht erwähnt. Der Flugpark, der Air Baltic besteht aus 26 Maschinen: 10 Boeing 737-500, 6 Boeing 737-300, 2 Boeing 757-200 und 8 Fokker 50.

FlyLAL braucht neues Kapital



Die litauische Fluggesellschaft FlyLAL könne das laufende Wirtschaftsjahr mit einem Verlust von 100 Mio. Litas (29 Mio. Euro) abschliessen, meinte der Vorstandsvorsitzende der litauischen Gesellschaft, Vytautas Kaikaris. Die in Schwierigkeiten steckende Firma musste bereits im ersten Quartal einen Verlust von 45 Mio. Litas hinnehmen.

Jüngsten Meldungen zur Folge, hofft der litauische Transportminister Eligijus Masiulis, dass die Entscheidung über eine eventuelle Nationalisierung des Unternehmens noch in diesem Jahr getroffen werden kann.

„Wir dürfen keine Zeit verlieren, weil die Verluste der Firma täglich wachsen“, kommentierte der Minister. Allerdings sagte er nicht, ob der Staat überhaupt in der Lage ist, die Kontrolle über FlyLAL zu übernehmen und einen Kredit von 30 bis 35 Mio. (8,78 bis 10 Mio. Euro) Litas zu gewähren.

Der litauische Parlamentsvorstand führt Journalistenquoten ein
Jede öffentliche Informationsagentur hat von nun an das Recht, maximal je drei Journalisten, Fotografen und Kameraleute zu akkreditieren. Das Seimas schreibt auch vor, wo die Journalisten die Parlamentsmitglieder befragen dürfen. Der Journalistenverband Litauens wandte sich ans Gericht um sich gegen den Entscheid des Parlamentsvorstandes zu beschweren, wonach fotografieren, Film- und Tonaufnahmen in den Restaurants des Parlamentes und in den Raucherräumlichkeiten nicht erlaubt sind.

POLITIK

Umfrage



Laut jüngsten Umfrageergebnissen würde die litauische Vaterlandsunion 21% der Wählerstimmen, die Partei der nationalen Wiedergeburt 15% und die Partei von Recht und Gerechtigkeit 9,3% der Stimmen erhalten, wenn jetzt Wahlen wären. Noch weitere drei Parteien – Sozialdemokraten, (8,1%) die Arbeitspartei 6,8%) und die liberale Bewegung (6,1%), würden die 5%-Hürde relativ knapp schaffen. Derzeit wird Litauen von einer Viererkoalition bestehend aus der konservativen Vaterlandsunion, der liberalen und Zentrumsunion, der liberalen Union und der Partei der nationalen Wiedergeburt regiert. Die liberale und Zentrumsunion, die Sozialliberalen, die Bauernpartei und die polnische Partei würden den Weg ins Parlament nicht schaffen. 13,7% der Befragten sagten, sie würden überhaupt nicht wählen. 10,7 wüssten nicht, für welche Partei sie ihre Stimme abgeben würden. Danach gäbe es eine Wahlbeteiligung von nahezu 75%.

Rück und Ausblick, Betrachtungen eines Schweizers im Ausland, von Jürg Würtenberg, Tallinn über

-Finanz und Wirtschaftskrise

-Sterbetourismus

-Schweiz und EU: Bilateraler Weg für immer, oder Beitritt



Gegen das Jahresende zeigte sich die globale Wirtschaftslage zunehmend dramatischer. Aus dem fernen Amerika hatten sich Pakete amerikanischer Kreditnehmer wie Streubomben längst über die Welt verteilt und Banken in den Abgrund gerissen. Banken verspekulieren sich im Glauben um Gewinn.

Noch nie in der Geschichte der Menschheit, haben relevante Zentralbanken auf der ganzen Welt, unisono

riesige Mengen Steuergelder in Billionenhöhe **Not leidenden Banken** zur Verfügung stellen müssen und damit ganze **Volkswirtschaften entsprechend hoch verschuldet**. Noch nie hatte sich eine Finanzkrise im digitalisierten Internetzeitalter in der Realwirtschaft dermassen massiv ausgewirkt, wie dies mittlerweile weltweit auf die Privatwirtschaft weiterhin durchzuschlagen droht, trotz gewaltiger Finanzspritzen. Erst gegen Ende dieses Jahres wurde vielen Menschen erst richtig bewusst, dass sich da womöglich eine wirtschaftssoziale Tragödie anbahnt. Keiner weiss genau, wohin die Reise geht. Globale Massenarbeitslosigkeit ungeahnten Ausmasses und dies erstmals im „nuklearen Zeitalter“, erscheint als möglich. Soziale Verwerfungen mit massiven kriminellen Begleiterscheinungen könnten die Rechtsstaaten auf eine harte Probe stellen. Schon werden Rufe nach immer mehr kollektiven Kontrollen der Bürger laut, Internetschnüffeleien seitens des Staates sind kein Tabu mehr, Inneneinsätze von Militär zur Unterstützung der Polizei wird als salonfähig diskutiert.



Die Automobilindustrie weltweit geht am Stock. Eine der bedeutendsten Treibmittel unserer modernen, noch immer vom Erdöl getriebenen Wirtschafts- und Mobilitätsveranstaltung bewegt uns in eine ungewisse Zukunft. Und alles geschieht gleichzeitig während unübersehbaren ökologischen Veränderungen.

Umdenken und umschwenken erscheint in vielen Lebensbereichen als notwendig.

Es ist verständlich, dass die Führer von Staaten und Gesellschaften genau hinsehen, wie Andere mit der Lage umgehen. Es kann nicht sein, dass jeder nur noch sich selbst der Nächste ist. Wir alle reisen oder treiben im gleichen Boot bzw. auf unserem gemeinsamen Planeten, atmen gemeinsame Luft, geschäften weltweit mehr oder weniger miteinander und sind in einem sozialen Organismus verbunden.

Es mag ja sein, dass die Schweiz das beste Parlament auf der Welt hat, wie unser Verteidigungsminister anlässlich seines Ausscheidens aus der Landesregierung soeben feststellte.

Zweifellos ist mit grösstem Respekt zu bewundern, wenn man sieht, wie ein junger Schweizer Parteipräsident der derzeit grössten rechtskonservativen Partei, frühmorgens als Bauer im Stall schuftet, dann gleichen Tags im Anzug mit Krawatte im 200 Km entfernten Parlament Reden hält und seine Fraktion managt. Solche Biografien sind in der Schweiz nicht ganz ungewöhnlich. Sie sind beispielhaft.



Wenn wir jedoch sehen, wie gleich drei Schweizer Minister (Bundesräte) gemeinsam, einer von ihnen als amtierender Bundespräsident, wie zum Bittgang nach Brüssel reisen, dort zwar vom Kommissionspräsidenten und einigen Chefbeamten empfangen werden, um u.A. plötzlich während Jahrzehnten traditionell legitimierten virtuellen Briefkastenfirmen in der Schweiz abzuschwören, kann dies schon peinlich wirken.

Damit wird einmal mehr deutlich, dass der bilaterale Weg der Schweiz mit der EU offensichtlich steiniger wird, vor allem, wenn wirtschaftliche und somit soziale Probleme weltweit zunehmen.



Die Schweiz verfügt über ein gewaltiges Potenzial an Know How, sei es im Bankenbereich, im High Tech Bereich und nicht zuletzt im Verwaltungsbereich. Alle wissen das. Nichts davon braucht sie zu opfern. Es mutet von aussen betrachtet abenteuerlich an, dass offenbar noch immer eine Mehrheit in der Schweiz, angeführt von einer rechtskonservativen Gruppierung, glaubt, es sich für weitere Jahre oder Jahrzehnte leisten zu

können, mitten in Europa den sogenannten bilateralen Weg als in der EU akzeptierten Sonderfall auf Dauer festschreiben lassen zu können, ohne, als mitverantwortliche Instanz am gemeinsamen Tisch europäischer Entscheidungsträger aktiv mitwirken zu wollen.

Es sei die Frage erlaubt: Könnte es sein, dass „Die bilaterale Karte“ mit der EU womöglich nicht immer wieder Neu ausgespielt werden kann? Schon längst ist man in der Schweiz immer wieder am „Nachvollziehen“ von EU Richtlinien und Verordnungen. Die Schweiz sieht sich gezwungen, immer wieder neu mit der EU zu verhandeln, um ihre heilige Kuh „bilateraler Weg“ abzusichern. Dabei wird es offensichtlich immer mühsamer, die Mitgliedsländer vom Sonderweg Schweiz zu überzeugen. Der Verhandlungsspielraum scheint in einen enger werdenden, eventuell sogar am Ende verschlossenen, Flaschenhals zu münden.

Es würde der Schweiz sicherlich gerne Gehört und Respekt entgegen gebracht, wenn sie am **„Tisch für europäische Gestaltung und Entscheidung“** Platz nähme und dort mitstritte und kämpfte, wo es im Ringen um sinnvolle Entwicklung unserer zu Recht unterschiedlichen europäischen Gemeinwesen geht.



Jedes Land, jeder Bürger, fühlt sich als „Sonderfall“, jede Region, jeder Mensch ist ein Sonderfall. Wer einem Dänen, einem Schweden, einem Franzosen, Deutschen, Österreicher oder Engländer usw. sagt, er lebe nicht in einem freien Land, kann sogar dessen patriotische Gefühle verletzen und sich unbeliebt machen, vor allem wenn er oder sie nur kritisiert, jedoch nicht am Tisch der Gemeinschaft Platz nehmen möchte, stattdessen immer wieder seine Emissäre zu bilateralen Verhandlungen nach Brüssel vorbei schickt.

Gegenüber denjenigen, die der EU schon längst den Untergang prophezeit haben, sei die Frage erlaubt, was denn die Alternative zur EU sein könnte. Vielleicht das Chaos? Oder ein Zurück in egoistische kleinkarierte Nationalstaaterei? Beides wäre vermutlich kaum eine Alternative.

Deshalb wäre die Schweiz vielleicht doch gut beraten, wenn sie sich entschliessen könnte, (möglichst gemeinsam mit der verbliebenen EFTA) als konstruktiv mitdenkendes Vollmitglied am Tisch der Entscheidungsträger der europäischen Gemeinschaft, also in der EU, Platz zu nehmen, denn dann könnte sie ihr Gewicht so einbringen, wie es andere kleinere Länder schon längst auch immer wieder tun. Man

würde die Schweiz herzlich begrüßen und dankbar sein, wenn sie sich entsprechend, eben nicht als Körnchenpicker, sondern konstruktiv und kreativ einbringen würde.



Dass die Schweiz nicht beitreten könne, schon wegen ihrer Privilegien als Bankenplatz, erscheint zunehmend als eine Farce. Schliesslich betätigen sich schon immer Banken von Mitgliedsländern der EU in der Anlageberatung und Geldverwaltung, seien es die Briten mit ihren offshore Inseln, die Luxemburger, oder die Österreicher. Keines dieser Länder wird seitens Brüssel- und neuerdings auch seitens der USA - dermassen massiv unter Druck gesetzt wie es der

Schweiz derzeit widerfährt, nur, weil sie sich – mitten in EU- Europa - als ausserhalb der EU befindlich definieren will, obwohl sie längst sogar die besten internen Gesetze gegen Geldwäsche verabschiedet hat.

Niemand wird und kann fordern, dass die Schweiz ihre eigene Währung aufgibt. Sie wird, so oder so, ein sicherer Hafen in Sachen Kapitalverwaltung bleiben. Das ist ja nichts anrühiges, solange Geldverwaltung auf seriöse Weise betrieben wird.

Bleibt die Frage der direkten Demokratie. Niemand kann und will diese im Inneren abschaffen. Im Äusseren hat die Schweiz bereits zahlreiche Kompromisse gemacht, da die Welt ja nicht stehen bleibt, sondern sich mit oder ohne Schweiz fortentwickeln wird. Kritiker der Schweiz im Ausland monieren, dass die Schweiz mit ihrer Referendumsdemokratie da und dort, durch Volksentscheid, sich mehr staatliche Regeln auferlegt hätten, als dies in Ländern ohne Referendumsdemokratie der Fall sei.



Da passt es nicht in die Landschaft, dass einzig die Schweiz es sich leistet, einen so genannten internationalen **Sterbetourismus** zu tolerieren, ohne ihn bisher zu verbieten. Dazu wurde das Volk allerdings nicht in einem Referendum befragt. Solches Treiben kommt einem eklatanten Tabubruch gleich, entgegen jeglichen christlichen bzw. moralischen Prinzipien. Diese Vorgänge haben nicht nur für internationales Kopfschütteln, sondern da und dort für blankes Entsetzen, nicht zuletzt beispielsweise bei der deutschen Bundesregierung, gesorgt. Da macht sich etwas breit, was besonders in schwieriger Zeit als makaberes Beispiel Schule machen könnte. Man kann natürlich immer alles „begründen“, was ja auch beispielsweise während des zweiten Weltkriegs der Fall war, als in Deutschland der Begriff von „unwertem Leben“ geprägt und vom damaligen menschenverachtenden Regime als legitim empfunden wurde. -

Mehr Solidarität mit jenen Ländern die schon längst am Brüsseler Verhandlungstisch Verantwortung tragen, wäre vielleicht sinnvoller, als Nachbarn und Freunde mit notorischer Neinsagerei zu nerven.

Vielleicht ist es eben doch an der Zeit, dass die Schweiz den Mut findet, als respektiertes Mitglied mit erhobenem Haupt an den Verhandlungstisch, der von ihren rechtskonservativen Kreisen gehassten EU zu schreiten und ihr schliesslich beizutreten. Es könnte ja sein, dass die nationalistischen Kräfte im Land doch falsch liegen, indem sie Patriotismus mit Nationalismus verwechseln.



Träte die Schweiz der EU bei, könnte es ihr sogar gelingen, **einiges an bürokratischem Unsinn, den es in der EU zweifellos gibt**, im Kontext mit anderen Ländern erfolgreich abzubauen. Es würde sich lohnen, dafür zu kämpfen, statt die EU einfach pauschal als dem Untergang und Tod geweihtes Gebilde zu verdammen, wie es rechtskonservative Väter und Mütter lautstark ins Land hinein dogmatisieren.

Es dürfte allerdings noch einige Überzeugungsarbeit zu leisten sein. Ob die Zeit dazu reicht, angesichts der ökonomisch-sozialen Not der Gegenwart, wird womöglich in nicht allzuferner Zukunft deutlich werden. Einsicht tut Not. Es könnte geschehen, dass die Schweiz, falls sie zu spät käme, dereinst wie von selbst, dann allerdings womöglich ohne Faustpfand, quasi in die EU hineinflutscht, ohne, dass ihr dann noch nennenswerte Beitrittsverhandlungsoptionen zur Verfügung

stünden. Es geht nicht nur um die Frage, wer hat recht, sondern auch darum: Was gebietet der Zeitgeist?